



Wetzlar, 04.01.2019

NIEDERSCHRIFT

Gremium	Kreistag
Sitzung Nummer	21/2016-2021
Datum	17.12.2018
Sitzungsbeginn	13:30
Sitzungsende	17:36
Ort	Kreistagssitzungssaal

Teilnehmende

Kreistagsvorsitzende

Müller, Elisabeth

Landrat

Schuster, Wolfgang

Erster Kreisbeigeordneter

Schreiber, Heinz

Hauptamtlicher Kreisbeigeordneter

Aurand, Stephan

Ehrenamtlicher Kreisbeigeordneter -Dezernent-

Dette, Wolfram
Hofmann, Wolfgang

Fraktionsvorsitzender der CDU-Fraktion

Irmer, Hans-Jürgen

Mitglied der CDU-Fraktion

Ahrens-Dietz, Heike

Bender, Matthias
Deusing, Kevin
Döpp, Ronald
Hardt, Kerstin
Horne, Eberhard
Hund, Helmut
Hundertmark, Michael
Krämer-Bender, Rabea
Löw, Franz-Ludwig
Luh, Edgar
Müller, Armin
Müller, Jörg Michael
Petersen, Nicole
Prof. Dr. Silbe, Katja
Steinraths, Daniel
Steinraths, Frank
Steinruck, Dieter
Würz, Elke

Fraktionsvorsitzender der SPD-Fraktion

Dr. Rauber, David

Mitglied der SPD-Fraktion

Apfelstedt, Rainer
Bangert, Armin
Beimborn, Regina
Benner, Hans
Böcher, Jan Moritz
Egler, Beatrix
Grüger, Stephan
Hagner, Dieter
Hardt, Dirk
Hartert, Holger
Hartmann, Anke
Kunz, Cirsten
Polat, Murat
Rauber, Heinz
Schäfer, Mechthild
Schmidt, Ingrid
Wagner-Jeuthe, Rita Johanna
Zeaiter, Sabrina

Fraktionsvorsitzender der AfD-Fraktion

Mulch, Lothar

Mitglied der AfD-Fraktion

Gottsmann, Thomas
Jakisch, Rudolf Georg
Kraft, Veronika
Sorg, Dieter
Sydow, Klaus

Fraktionsvorsitzender der FWG-Fraktion

Esch, Roland

Mitglied der FWG-Fraktion

Bender, Hans-Werner
Dr. Blöcher-Weil, Johannes
Fuchs, Hans-Werner
Koch-Rein, Christiane
Lefèvre, Christa
Ludwig, Jörg
Dr. Valet, Axel

Fraktionsvorsitzende der Fraktion Bgo/Die Grünen

Klement, Martina

Mitglied der Fraktion Bgo/Die Grünen

Dworschak, Reiner
Dr. Rinn, Karin
Strehlau, Petra
Zühlsdorf-Gerhard, Carmen

Fraktionsvorsitzender der FDP-Fraktion

Dr. Büger, Matthias

Mitglied der FDP-Fraktion

Benner-Berns, Anna-Lena
Berns, Wolfgang
Schmidt, Joachim

Fraktionsvorsitzender DIE LINKE

Knies, Hans-Horst

Mitglied der Fraktion "DIE LINKE"

Kornmann, Sylvia
Wabel, Anna

fraktionslos

Dr. Bohn, Wolfgang
Hantusch, Thassilo

Ehrenamtliche/r Kreisbeigeordnete/r

Betz, Karin
Droß, Steffen
Hensgen, Christel
Hoffmann, Timo Sebastian
Hugo, Klaus
Jackel, Hans-Günter

Landau, Ursula
Schüler, Karl-Heinz
Spory, Christiane
Werner, Wilhelm

Schriftführerin

Klein, Birgit

Stellv. Schriftführerin

Biehl-Schneider, Marina

es fehlt entschuldigt

Bender, Anna-Lena
Brockhoff, Sebastian
Budde, Heiko
Garotti, Dorothea
Glade-Wolter, Cornelia Josefa
Hofmann, Kristin
Kreck, Matthias Gerhard
Lemler, Heinz
Nickel, Diethelm
Niggemann, Klaus
Scholl, Stefan
Schönwetter, Tim
Wagner, Joscha
Dr. Weber, Trutz

Tagesordnung

TOP 1

Mitteilungen des Kreisausschusses und der Kreistagsvorsitzenden

TOP 2

Fragestunde

TOP 3

Leerbleiben eines Sitzes im Kreisausschuss

414/2018

TOP 4

Aufgabenwahrnehmung Sozialhilfe durch die Stadt Wetzlar (SGB XII)

383/2018

TOP 5

Fortschreibung der mittelfristigen Ergebnis- und Finanzplanung 2018 - 2022

410/2018

TOP 6

Jahresabschluss des Lahn-Dill-Kreises für das Haushaltsjahr 2013

hier: Beschlussfassung und Entlastung des Kreisausschusses
411/2018

TOP 7

Frauenförderplan für die Planungsperiode vom 1. Januar 2018 bis zum 31. Dezember 2023
370/2018

TOP 8

Berufsschulstandort Lahn-Dill-Kreis
412/2018

TOP 9

Wirtschaftsplan 2019 der Lahn-Dill-Akademie
345/2018

TOP 10

Wirtschaftsplan 2019 der Abfallwirtschaft Lahn-Dill
354/2018

TOP 11

Entwicklung und Inanspruchnahme von Teilhabeassistenzen
Antrag der Fraktionen SPD, FWG, B90/Die Grünen und FDP vom 20.11.2018
415/2018

TOP 12

Planspiel Kreistag
Antrag der Fraktionen SPD, FWG, B90/Die Grünen und FDP vom 20.11.2018
416/2018

TOP 13

Grundschule Waldgirmes
Antrag der CDU-Fraktion vom 21.11.2018
417/2018

TOP 14

Hausmeistereinsatzkonzept
Antrag der CDU-Fraktion vom 21.11.2018
418/2018

TOP 15

Aktuelle Arbeit der Schuldnerberatungsstelle
Antrag der CDU-Fraktion vom 21.11.2018
419/2018

TOP 16

Situation der Schülerbeförderung
Antrag der CDU-Fraktion vom 21.11.2018
420/2018

TOP 17

Begleitung des Pilotversuchs bei der Feuerwehr Darmstadt
Antrag der CDU-Fraktion vom 22.11.2018
421/2018

TOP 18

Förderschulen

Antrag der CDU-Fraktion vom 22.11.2018

422/2018

TOP 19

Deutsche Ehrenmale

Antrag der AfD-Fraktion vom 23.11.2018

423/2018

TOP 20

Westerwaldlied

Antrag des Abgeordneten Hantusch vom 23.11.2018

424/2018

Vorsitzende Müller (CDU) eröffnet die 21. Sitzung des Kreistages und begrüßt die Abgeordneten, Landrat Wolfgang Schuster, den Ersten Kreisbeigeordneten Schreiber, den Hauptamtlichen Kreisbeigeordneten Stephan Aurand, den Ehrenamtlichen Kreisbeigeordneten Wolfgang Hofmann sowie den Ehrenamtlichen Kreisbeigeordneten Wolfram Dette, und die weiteren ehrenamtlichen Kreisbeigeordneten. Weiter begrüßt sie den Vertreter der Medien, die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Verwaltung sowie Zuhörerinnen und Zuhörer.

Vorsitzende Müller (CDU) gratuliert dem abwesenden Abgeordneten Scholl (SPD) zur Geburt seines Kindes.

Vorsitzende Müller (CDU) stellt die Beschlussfähigkeit des Kreistages fest. Zu der Sitzung sei mit Schreiben vom 28. November 2018 form- und fristgerecht eingeladen worden. Die Beratungsunterlagen für diese Sitzung seien mit der Einladung versandt worden. Ein Teil der Abgeordneten habe die Beratungsunterlagen auf eigenen Wunsch digital erhalten.

Die amtliche Hinweisbekanntmachung der Kreistagssitzung in der Wetzlarer Neuen Zeitung mit Nebenausgaben für das Kreisgebiet sei am 13. Dezember 2018 erfolgt.

Der Kreisausschuss habe in seiner Sitzung am 28. November 2018 für die auf der Tagesordnung stehenden Beratungspunkte und für den Sitzungstermin sein Benehmen hergestellt.

Änderungen zur Tagesordnung werden nicht gewünscht. Sie gilt somit als genehmigt.

Zu TOP 1

Mitteilungen des Kreisausschusses und der Kreistagsvorsitzenden

Mitteilungen des Kreisausschusses:

Siehe „Mitteilungen zur Kreistagssitzung am 17.12.2018“ (Anlage)

Brand im Wetzlarer Krankenhaus

Landrat Schuster (SPD) informiert über den Brand in den Lahn-Dill-Kliniken in Wetzlar, der auf der Station 4, Süd in einem unbenutzten Patientenzimmer ausgebrochen sei. Die durch die Sanierung der Station veranlassten Maßnahmen des vorbeugenden Brandschutzes hätten dazu geführt, dass der Brand schnell unter Kontrolle gebracht worden sei. Man habe vorsichtshalber MANV 5

ausgerufen (Massenanfall von Verletzten). Dies habe dazu geführt, dass Rettungskräfte aus Siegen-Wittgenstein, Limburg, Gießen, Wetterau usw. angerückt seien, um für weitere Evakuierungen gerüstet zu sein. Dies habe man im Verlauf des Vormittags jedoch abbrechen können. Die Einsatzleiter der Feuerwehr Wetzlar hätten hervorragende Arbeit geleistet. Ebenso die Mitglieder der Klinikums, Ärzte, Schwestern der Station, technisches Personal, Hausmeister und die Pressestelle. Er bedankt sich bei allen Beteiligten, die dazu beigetragen hätten, dass das Krankenhaus habe am Netz bleiben können. Er gehe davon aus, dass die Schadenshöhe in Wesentlichen durch die Versicherung abgedeckt werden würde. Die Station könne erst nach Herrichtung und unbedenklichen Schadstoffmessungen wieder in Betrieb genommen werden.

Landrat Schuster (SPD) informiert im weiteren Verlauf der Sitzung, dass die Polizei mitgeteilt habe, dass ein 50-jähriger in die Klinik eingewiesen worden sei. Er sei dringend verdächtig, vorsätzlich die Matratze in Brand gesetzt zu haben.

Präventionsarbeit

Hauptamtlicher Kreisbeigeordneter Aurand (SPD) berichtet, dass man am 04.12.2018 gemeinsam mit der Interessengemeinschaft Medienprävention und dem Landesamt für Verfassungsschutz eine landesweite Veranstaltung zum Thema „Das Ringen um die Meinungsherrschaft rechtsextremistischer Agitationsstrategien von offline bis online“ durchgeführt habe.

Jugendfreizeitheim Heisterberg

Hauptamtlicher Kreisbeigeordneter Aurand (SPD) trägt weiter vor, dass man im Freizeitheim Heisterberg die jährliche Weihnachtsbäckerei durchgeführt habe. Es hätten ca. 1.000 Kinder (Grundschüler) teilgenommen.

Mitteilungen der KT-Vorsitzenden

Nachbesetzungen

Als Nachfolger für den verstorbenen Jens Trocha wird für die FWG-Fraktion Herr Hans-Werner Fuchs als neues Mitglied für den Sozialausschuss benannt. Nachrücker im Verwaltungsrat des Jobcenters ist Herr Hans-Werner Bender. Für den Jugendhilfeausschuss wird Herr Dr. Johannes Blöcher-Weil benannt.

Gefälschte E-Mails

Es sind vermehrt Mails unterwegs, die scheinbar den Absender von Mitarbeiterinnen des Kreistagsbüros tragen. Sie verweisen auf einen Link, der eine Rechnung enthalten soll. Diese Mails sind eine Fälschung und wurden nicht von hier versandt. Das Kreistagsbüro versendet in der Regel keine Rechnungen – überzahlte Entschädigungsleistungen werden verrechnet. Da wir keinen Einfluss auf das Versenden von gefälschten Emails haben, bitten wir, den Absender genau zu prüfen und im Zweifelsfall im Kreistagsbüro nachzufragen.

100 Jahre Frauenwahlrecht

2018 ist das Jubiläumsjahr zu 100 Jahren Frauenwahlrecht in Deutschland (30. November 1918 Wahlrecht, 19. Januar 1919 erste demokratische Wahl).

Um dieses besondere Jubiläum auch im Lahn-Dill-Kreis zu würdigen, haben das Frauenbüro und die Frauen- und Gleichstellungskommission des Kreises eine Veranstaltungsreihe entwickelt, zu der die Mitglieder des Kreistages bereits eine Einladung erhalten haben (ein Flyer hierzu ist dem Kreistag in seiner letzten Sitzung zugegangen).

Auf zwei zentrale Veranstaltungen, die beide im Kreishaus stattfinden, ist noch einmal gesondert hinzuweisen:

- Am Mittwoch, 19. Dezember 2018, 16.00 Uhr, Kreistagssitzungssaal;
Vortrag und Diskussion
„Das Frauenwahlrecht in Deutschland – von der Geburtsstunde bis heute“;
Referentin: Frau Dr. Elke Schüller, Frankfurt
- Am Freitag, 18. Januar 2019, 14.00 Uhr, Foyer Kreistagssitzungssaal;
Ausstellungseröffnung
„Mütter des Grundgesetzes“
Zur Ausstellung werden auch ehemals politische Frauen aus dem Lahn-Dill-Kreis vorgestellt sowie politisch-gesetzliche Errungenschaften der letzten 100 Jahre.

Zu TOP 2 Fragestunde

Es liegt eine Frage des **Abgeordneten J.-M. Müller (CDU)** vor:

Frage:

Wieviel unbegleitete minderjährige Jugendliche werden im Lahn-Dill-Kreis als Jugendliche betreut bzw. unter Berücksichtigung der entsprechenden Vorgaben als Jugendliche behandelt, die

- a) unter 18 Jahre sind
- b) 18 bis 21 Jahre sind
- c) über 21 Jahre sind

Hauptamtlicher Kreisbeigeordneter Aurand (SPD) antwortet:

unter 18 Jahre: 26 LDK + 2 WZ = 28 Gesamt LDK
18 bis 20 Jahre: 123 LDK + 30 WZ = 153 Gesamt LDK
21 Jahre und älter: 0 Gesamt LDK

Abgeordneten J.-M. Müller (CDU) hat eine Zusatzfrage. Er möchte wissen, ob diese Zahlen dem Land auch so gemeldet seien. Dies bejaht **Hauptamtlicher Kreisbeigeordneter Aurand (SPD)**.

Es liegt eine Frage der **Abgeordneten Strehlau (B90/Die Grünen)** vor:

Frage:

Welche Anreizsysteme haben wir im Lahn-Dill-Kreis, damit sich

- a) Hebammen, speziell Familienhebammen und
 - b) Kinderärzte
- im Landkreis niederlassen?

Hauptamtlicher Kreisbeigeordneter Aurand (SPD) antwortet:

- a) Die Abteilung Kinder- und Jugendhilfe arbeitet mit dem Projekt „Guter Start ins Kinderleben im Lahn-Dill-Kreis“ mit derzeit 6 Familienhebammen und 3 Familien-, Gesundheits- und Kinderkrankenpflegerinnen zusammen. Teilweise unterhalten diese Fachkräfte zusätzlich Praxen in ihrer eigenen Kommune und/oder sind mit Stellenanteilen in Geburtskliniken angestellt. Mit diesen Fachkräften bestehen Vereinbarungen, die die Modalitäten der Zusammenarbeit regeln. Im Bedarfsfall finanzieren wir die berufsbegleitende Weiterqualifizierung zur Familienhebamme oder Familien-, Gesundheits- und Kinderkrankenpflegerin im Auftrag des Landes Hessen (HMSI) und der Bundesstiftung Frühe Hilfen, um im Aufgabenfeld der „Frühen Hilfen“ weiterhin eine ausreichende Anzahl an Familienhebammen oder Familien-, Gesundheits- und Kinderkrankenpflegerinnen vorhalten

zu können. Darüber hinaus habe er im HLT Gesundheitsausschuss darum gebeten, dass die Ausbildungskapazitäten in dem Bereich möglichst ausgeweitet würden.

- b) Möglichkeiten, eine Niederlassung von Kinderärzten im Lahn-Dill-Kreis zu befördern, seien begrenzt, da dort die Kassenärztliche Vereinigung Dreh- und Angelpunkt sei. Er könne daher keine zusätzlichen Maßnahmen der Abteilung Kinder- und Jugendhilfe feststellen.

Abgeordneten Strehlau (B90/Die Grünen) hat eine Zusatzfrage. Sie möchte wissen, ob die Familienhebammen ausreichend seien, da laut Jahresbericht des Präventionsrates im Nordkreis 2017 ein Mangel festgestellt worden sei.

Hauptamtlicher Kreisbeigeordneter Aurand (SPD) antwortet, dass bekannt sei, dass man unbedingt zusätzliche Hebammen, auch für den Bereich der Familienhebammen brauche. Zurzeit könne mit den genannten 6 Familienhebammen und den 3 zusätzlichen Kinderkrankenpflegerinnen der Bedarf durch Lahn-Dill-Kreis (Abteilung Kinder- und Jugendhilfe) gedeckt werden.

Zu TOP 3

Leerbleiben eines Sitzes im Kreisausschuss

414/2018

Kreistagsvorsitzende Müller (CDU) stellt fest, dass die Mitteilungsvorlage 414/2018 zur Kenntnis genommen wurde:

Der Kreistag nimmt zur Kenntnis, dass ein Sitz im Kreisausschuss unbesetzt bleibt.

Zu TOP 4

Aufgabenwahrnehmung Sozialhilfe durch die Stadt Wetzlar (SGB XII)

383/2018

Vorsitzende Müller (CDU) lässt über die Beschlussvorlage 383/2018 abstimmen:

Der Kreistag beschließt, die bestehende Delegation der Aufgaben der Sozialhilfe nach dem SGB XII auf die Stadt Wetzlar fortzuführen und jährlich eine Kostenerstattung von 600.000,00 € (einschließlich Dynamisierungsklausel ab dem Jahre 2020) ab 01.01.2018 zu gewähren.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 65 (21 CDU, 19 SPD, 8 FWG, 5 B90/Die Grünen, 4 FDP, 5 AfD, 3 DIE LINKE)

Nein-Stimmen: 2 (fraktionslos)

Enthaltungen: 0

mehrheitlich zugestimmt

Zu TOP 5

Fortschreibung der mittelfristigen Ergebnis- und Finanzplanung 2018 - 2022

410/2018

Vorsitzende Müller (CDU) stellt fest, dass die Mitteilungsvorlage 410/2018 zur Kenntnis genommen wurde:

Der Kreisausschuss stellt gemäß § 101 Abs. 2 der Hessischen Gemeindeordnung (HGO) in Verbindung mit § 52 Abs. 1 der Hessischen Landkreisordnung (HKO) die als Anlage beigefügte Mittelfristige Ergebnis- und Finanzplanung für den Planungszeitraum 2018 bis 2022 auf und legt sie dem Kreistag zur Kenntnisnahme vor.

Zu TOP 6

Jahresabschluss des Lahn-Dill-Kreises für das Haushaltsjahr 2013

hier: Beschlussfassung und Entlastung des Kreisausschusses

411/2018

Ausschussvorsitzender Hartert (SPD) berichtet, dass es in der Sitzung des Haupt-, Finanz- und Organisationsausschusses bei den Vergaben der Kestnerschule für die Sanierung der Mediathek und die Küche unterschiedliche Meinungen gegeben habe. (1:07)

Abgeordneter J.-M. Müller (CDU) bedankt sich für die hervorragende Leitung des Haupt-, Finanz- und Organisationsausschusses beim Abgeordneten Hartert (SPD). Jedes Jahr habe man das gleiche Erlebnis, dass in der Zeitung ein Bericht über den Inhalt der Vorlage stehe. Dort werde aufgeführt, was die Abteilung Revision dem Kreisausschuss vorwerfe. Der Kreisausschuss habe im letzten Jahr bereits in der Presse geantwortet, was an dem Bericht nicht in Ordnung sei. Erst dann habe man in den Gremien darüber gestritten. Dieses Mal habe Landrat Schuster (SPD) im Fachausschuss einen Bericht gegeben. Er habe sich bei der Fachabteilung für die gute Arbeit bei großen Bauvolumen bedankt. Er selbst bedanke sich hingegen bei der Abteilung Revision, die schon im 2. Jahr auf Fehler hinweise. Aufgrund von intensiverer Prüfung habe es sogar mehr Bemerkungen gegeben. Es könne sich um Fehler handeln, die in der Vergangenheit aufgetreten seien, aber bis heute beseitigt worden seien. Nicht klassisch sei, dass man sich dafür zunächst bei der Fachabteilung bedanke und die Abteilung Revision vergesse. Es werde vorgeworfen, dass gegen das Verbot der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit (900.000 €) durch Beauftragung eines Projektsteuerers, obwohl die Schule geschlossen werden sollte, verstoßen worden sei. Dazu sei gesagt worden, dass man dankbar sei, dass man die Schule doch nicht geschlossen habe, da man dort Schüler/-innen anderer Schulen aus anderen Baumaßnahmen untergebracht habe. Dies bezeichne er als Nebelkerze, da man nicht in Klassenräume investiert habe, sondern in die Küche und Mediathek. Diese Räume seien überflüssig für die Zwischen-Unterbringung von Schülern/-innen. Man sie für die Situation, wie man sie heute vorfinde, ebenso dankbar. Es bleibe jedoch dabei, dass man etwas falsch gemacht habe. Man habe Entscheidungen getroffen, die man nicht habe treffen müssen und wegen der Demografie nicht habe treffen dürfen. Bei großen Auftragsvolumen müsse man sich aber an die Vorgaben des Gesetzes halten und dürfe nichts mit hohem Arbeitsanfall entschuldigen. Die Revisionsabteilung sage zu Recht, dass der Kreisausschuss etwas falsch gemacht habe und man müsse in Zukunft anders handeln. Fehlern könnten immer passieren. Man müsse aber dazu stehen, auch wenn die Bauabteilung ihre Arbeit ordentlich mache. Die Entlastung werde man nicht verweigern, da der Lahn-Dill-Kreis gut funktioniere, indem die Revisionsabteilung Fehler aufdecke. Er hält dies für ein Zeichen guten demokratischen Prozesses. (8:54)

Landrat Schuster (SPD) bedankt sich bei der Schulbauabteilung, dass man die Investitionen in den letzten Jahren so getätigt habe, dass man keine Demonstrationen gegen den Zustand der Schulen im Lahn-Dill-Kreis gehabt habe. Man habe insgesamt 280 Mio. € verbaut, was viel Arbeit bedeute. Selbstverständlich sei die Abteilung Revision dazu da, dies kritisch zu beleuchten. Hierfür sei man dankbar. Man habe gelernt und eine Submissionsstelle eingerichtet, um europaweite Ausschreibungen durchzuführen. Insoweit setze man die Empfehlungen Schritt für Schritt um. Zur Kestnerschule habe er zusätzliche Daten zur Verfügung gestellt, die nicht im Bericht enthalten gewesen seien. Hauptvorwurf sei gewesen, dass gegen das Gebot der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit verstoßen worden sei, indem bei einem Bauprojekt mit einem Volumen von 900.000 € zwischen Beauftragung von Architektenleistung und dem Beschluss zur Schließung der Schule nur

6 Monate gelegen hätten. Man habe im Kreistag um die Kestnerschule gekämpft. Es habe ein IZBB Programm gegeben und man habe für Mediathek und Mensa investiert. Man habe in 2012 gewusst, dass man in absehbarer Zeit ein Schulzentrum in der Frankfurter Straße unterhalten werde. In 2010 habe man aufgrund des vorangegangenen Wirtschaftseinbruchs mit einem Ergebnishaushalt von - 30 Mio. € abgeschlossen. Man sei von einer Sanierung im Bestand ausgegangen, wobei man immer die Räumlichkeiten der Kestnerschule habe nutzen wollen, um Unterbringung in Containern zu vermeiden. Während der Sanierung der Albert-Schweitzer-Schule seien die Schüler/-innen über einen Zeitraum von 21 Monaten in der ehemaligen Kestnerschule untergebracht worden, wodurch man Containermieten in einer Größenordnung von 840.000 € vermieden hätte. Hierfür habe man sowohl Mediathek als auch Mensa gebraucht. Für die Bauzeit der Goetheschule spare man über eine Bauzeit von 36 Monaten 40 Container ein (3 Mio. € Containermiete). Dies sei vorausschauendes wirtschaftliches Handeln. Dies habe er im Haupt-, Finanz- und Organisationshaushalt mitgeteilt. Man habe auch aus anderen Dingen gelernt. Für eine Schulbaumaßnahme benötige man in der Regel keinen Projektsteuerer, wenn man diese isoliert betrachte. Man müsse aber das gesamte Paket an Bauunterhaltung und -investition betrachten. Man habe dafür nicht genügend Man-Power, und kaufe daher eine Dienstleistung auf dem Markt ein, was eine wirtschaftliche Entscheidung darstelle. Es sei zudem kritisiert worden, dass man in den naturwissenschaftlichen Bereichen keine freihändige Vergabe habe. Es gebe aber für die naturwissenschaftlichen Bereiche in den Schulen nur einen Anbieter. Inzwischen gebe es einen weiteren auf dem Markt. Seit 2015 habe man keine Streuung der Architektenvergabe mehr, da diese ein Fehler gewesen sei. Wenn der Schwellenwert von 240.000 € überschritten werde, gebe es eine europaweite Ausschreibung. Er bedanke sich daher für alle Hinweise und Anregungen der überörtlichen Prüfung. Als Landrat habe er eine Gesamtverantwortung für die Revisionsabteilung, die Schulbauabteilung und die Städte und Gemeinden. Daher bedanke er sich bei den Kollegen, die dies so umgesetzt hätten. Man sei dort gemeinsam unterwegs gewesen. Auf die letzte Entscheidung hinsichtlich des Schulzentrums und der Einsparsumme von 3 Mio. € bei den Containermieten könne man gemeinsam stolz sein. (7:15)

Abgeordneter Mulch (AfD) teilt mit, dass er dem Jahresabschluss nicht zustimmen werde. Zudem werde er dem Kreisausschuss keine Entlastung erteilen. Die Vorgänge lägen weit zurück, so dass deren Beurteilung schwierig sei. Er zitiert eine Passage des Berichtes der Revisionsabteilung: „Bei der Durchführung der Baumaßnahme und Vergabe von Bauleistungen wurden teilweise die Vorgaben des Vergaberechtes und des haushaltsrechtlichen Kostenmanagements nicht beachtet“. Die Prüfungen hätten nur stichprobenartig stattgefunden. Eine Vollprüfung sei aus organisatorischen Gründen nicht durchführbar. Er mutmaßt, wie viele Verstöße ans Licht gekommen wären, wenn man alle Vergaben geprüft hätte. Positiv sei, dass Landrat Schuster der Abteilung Revision in der Presse nicht in den Rücken gefallen sei. Er kritisiert, dass Fehler nicht eingestanden würden. Er zeigt sich verblüfft von dem Abstimmungsverhalten der CDU-Fraktion, die sich enthalten hätte. Wenn man sich nur enthalte, bekomme der Kreisausschuss die Rückmeldung, dass er alles richtig gemacht habe. Er halte die zugrunde liegende Beschlussvorlage für fehlerhaft, da dort keine Beschlussalternativen gesehen würden. Man könne jedoch den Jahresabschluss auch nicht beschließen und den Kreisausschuss nicht entlasten. (4:40)

Abgeordnete Klement (B90/Die Grünen) hält den Dank an die Schulabteilung für berechtigt, aber an dieser Stelle nicht passend, da es um eine Stellungnahme zum Revisionsbericht gegangen sei. Der Vorwurf, dass man in der Verwaltung nicht damit rechne, dass Vorlagen vom Redakteur gelesen würden, sei schlichtweg falsch. 2013 sei nicht intensiver geprüft worden. Im Unterschied zu 2012 habe ein sehr starker Austausch zwischen der Abteilung Revision und Verwaltung stattgefunden. In 2012 habe sie der Verwaltung noch vorgeworfen, dass man auf die Kritikpunkte der Abteilung Revision nicht ordentlich eingehe. Es sei unklar gewesen, ob es sich um Fehler gehandelt habe, oder nicht. Für 2013 sehe dies anders aus, was sie positiv bewertet. Sie ist der Ansicht, dass durch den Abgeordneten J.-M. Müller (CDU) die Wahrheit nur partiell ans Licht gebracht worden sei. Zum Punkt Kestnerschule habe der Erste Kreisbeigeordnete Schreiber (B90/Die Grünen) argumentiert, dass man seinerzeit bei der Entscheidung über die Investition in der Kestnerschule überlegt habe, worin noch eine Chance für die Kestnerschule liegen könne. Die Schulleitung habe den Ganztags

Chance gesehen, was eine Investition in Küche, Mensa und Räume für Bibliothek erforderlich machte. Die reduzierte Wahrheit der CDU-Fraktion an dieser Stelle sei eine bewusste Falschinformation. Man habe im Haupt-, Finanz- und Organisationsausschuss über Schadenersatzforderungen gesprochen. Der Höhe nach seien dies entgangene Gewinne, die geltend gemacht werden könnten. Es sei jedoch nichts geltend gemacht worden. Inzwischen dürfe Verjährung eingetreten sein. Es gebe daher kein Risiko hinsichtlich von Schadenersatzforderungen. Zur Kritik des Vorredners an der Darstellung, man habe alles richtig gemacht, sei so im Haupt-, Finanz- und Organisationsausschuss nicht gesagt worden und nicht gemeint gewesen. Sie sei froh, über die gute Zusammenarbeit mit der Revisionsabteilung. Das Umsetzen der Schlüsse gehe nur für die Zukunft. (4:53)

Dr. Bohn (fraktionslos) führt aus, dass laut Bericht im Bausektor Sünden zustande gekommen seien. Er beklagt, dass sich die AfD-Fraktion hinsichtlich des Abstimmungsverhaltens durch Enthaltungen, beim Antrag zur Rüge des Landrates genauso verhalten habe, wie zuvor kritisiert. Er führt an, dass die Budgets laut Bericht in bestimmten Teilhaushalten überschritten worden seien. Daher seien zum Bilanzstichtag überplanmäßige Aufwendungen entstanden. Er nennt die Kinder- und Jugendhilfe mit 523.256 €. Er findet es jämmerlich, wenn man Zusatzkosten in dieser Höhe für marode Familien ausgeben müsse und sieht darin ein Zeichen für die schlechte Erziehung der Jugend. (2:06)

Abgeordneter Irmer (CDU) verdeutlicht, dass Zustimmung keine nachträgliche Legitimierung von Fehlern bedeute. Die Abteilung Revision habe eine fundierte Vorlage erstellt und genieße das Vertrauen seiner Fraktion. Es sei ärgerlich, dass der Bericht nicht zeitnah vorgelegt worden sei. In Bezug auf die Kestnerschule und die Aussage, dass diese von den Eltern nicht angenommen worden sei, teilt er mit, dass zusammen mit der damaligen Schulleitung und der Kreishandwerkerschaft das Konzept „Schule und Beruf“ ausgearbeitet worden sei, das aber am Schuldezernenten Wegrücht und fehlenden Mehrheiten gescheitert sei. Im Bericht werde zu Recht kritisiert, dass man einen Architekten beauftrage, während ein halbes Jahr später die Schule geschlossen werde. Dies sei keine weitsichtige Politik. Eine Mediathek und Küche müssten langfristigen Planungen und Perspektiven unterliegen. Man spare perspektivisch 3 Mio. € an Containerkosten. Seine Fraktion habe gegen Widerstand den Kompromissvorschlag gemacht. Auf dieses Konzept sei man aufgesprungen, wofür er dankbar sei, so dass man gemeinschaftlich erarbeitet habe, was demnächst gebaut werde. Dies bedeute im Kontext, dass Container abgebaut würden, die man über Jahre kritisiert habe. In 2017 habe man als Lahn-Dill-Kreis 885.000 € an Containermieten bezahlt. Wenn diese durch das Schulzentrum abgebaut würden, so sei dies zwingend notwendig. Er zitiert aus dem Bericht, S. 20: „Im Haushaltsjahr 2013 wurden erstattete Bundesmittel aus dem Bereich Bildung und Teilhabe in Höhe von 595.000 € nicht verausgabt. Für einen möglichen Rückerstattungsanspruch wurde eine Rückstellung gebildet.“ Es stelle sich die Frage, warum dieser Betrag aus Bundes- und Teilhabemitteln nicht abgerufen und an diejenigen verausgabt worden sei, die gefördert werden sollten. In 2013 habe man 7.400 Jugendliche und Schüler/-innen im Lahn-Dill-Kreis gehabt, die rechtlich betrachtet in den Genuss des Bildungs- und Teilhabepaketes gekommen wären. Die Betroffenen hätten es benötigt für Klassenfahrten, Lernförderung, Tagesfahrten, Ausstattung mit schulischem Bedarf. Er erinnert an eine Debatte, in der man vorgeworfen habe, dass bei den aktuellen Ausschreibungen und Auftragsvergaben im Schulbereich festzustellen sei, dass das ursprünglich Verausgabte bei finaler Abrechnung teurer werde. Es stelle sich die Frage nach der korrekten Planung und Berechnung. In 2017 seien bei 35 Schulbaumaßnahmen durch Auftragsverlängerung und Auftragssteigerung rund 1,7 Mio. € Mehrkosten entstanden. Dies sei kein Einzelfall. Wenn man das Ergebnis der Stichproben im Bericht hochrechne, könnten die Zahlen noch deutlicher werden. Daher bitte er um mehr Sorgfalt. (9:42)

Abgeordneter Dr. Rauber (SPD) fragt, für wen der Bericht erstattet und der Jahresabschluss aufgestellt werde. Als Kreistag müsse man über die Entlastung des Kreisausschusses entscheiden. Anders als vom Abgeordneten Mulch (AfD) behauptet, stelle dies eine rechtlich gebundene

Entscheidung dar. Wenn nichts Gravierendes vorgefallen sei, hätte der Kreisausschuss Anspruch auf Entlastung. (0:55)

Abgeordneter Mulch (AfD) fragt, wer entscheide, ob Gravierendes vorgefallen sei. (0:03)

Abgeordneter Dr. Rauber (SPD) teilt dazu mit, dass dargelegt und begründet werden müsse, dass das vermeintlich Vorgefallene so schwerwiegend sei, dass vorrangig eine Einschränkung oder Versagung der Entlastung angesagt sei. Politik bewege sich nur im rechtlich zulässigen Rahmen. Für künftige Berichte fordere er ein, dass der dahinter stehende Sachverhalt beschrieben werde und nicht nachgefragt werden müsse. Zusammen mit der Abgeordneten Klement (Bgo/Die Grünen) habe er schon zu 2012 im Ausschuss gesagt, dass man vom Rechnungsprüfungsamt wissen wolle, um welches Projekt es gehe und welche Vorschriften verletzt seien. Vom Kreisausschuss wolle man erfahren, warum er damals anders gehandelt habe. Dies sei nicht optimal umgesetzt. Nach dem Dargelegten habe der Kreisausschuss Anspruch auf Entlastung. Insgesamt habe man im investiven Bereich Auszahlungen für Investitionen von 27 Mio. € nachgewiesen. Im Anlagevermögen habe man einen Zuwachs von 19,8 Mio. € in nur einem Jahr. Dieses Ergebnis habe sich um 10 Mio. € gegenüber dem Ansatz im Vollzug verbessert. Die Planungen seien vorsichtig und man habe im Aufwandsbereich einsparen können. In 2016 sei der Kreisausschuss über die Ergebnisse des Jahresabschlusses von 2013 informiert worden. Mit der Prüfung seien weitere Jahre vergangen. Daher wisse man, dass die bundespolitische Diskussion zum Bundes- und Teilhabepaket hinsichtlich der sinnvollen Gestaltung des Antragsverfahrens inzwischen weiter sei. Im Kreistag seien Probleme beim Start und der Umsetzung diskutiert worden. Ein Vergabeverstoß liege nicht vor, so dass sich der Kreisausschuss die Entlastung uneingeschränkt verdient. (3:42)

Hauptamtlicher Kreisbeigeordneter Aurand (SPD) erwähnt zum Bundes- und Teilhabepaket, dass es sich um die Bildung einer Rückstellung von 0,5 Mio. € handle. Zur Entwicklung führt er als Verwaltungsratsvorsitzender des Jobcenters aus, dass die Bildungs- und Teilhabepakete (S. 33 des Haushaltsplanes des Kommunalen Jobcenters) im vorläufigen Jahresergebnis des Jahresabschlusses ordentliche Erträge und Aufwendungen in Höhe von 1.252.447 € aufwiesen. Dies stelle eine Erfüllung von 85 % dar. Man habe von 2013 bis 2017 somit deutlich aufgeholt, was er als Erfolg für das Jobcenter in der Zielerreichung werte. (1:50)

Erster Kreisbeigeordneter Schreiber (Bgo/Die Grünen) verweist auf die Arbeitsgruppe zum Schulzentrum. Man habe sich im letzten Jahr auf einen überzeugenden Weg begeben, indem die Käthe-Kollwitz-Schule im Bestand saniert, die Theodor-Heuss-Schule in der Spilburg neu gebaut und die Goetheschule abgerissen und vor Ort neu gebaut würden. Die beschriebene schulpolitische Entscheidung hinsichtlich der Kestnerschule sei Anfang 2000 getroffen worden. Das damalige Konzept mit der Handwerkskammer habe keine Zustimmung gefunden. In 2012 habe es den ernsthaften Versuch gegeben, das Ruder nochmal rum zu werfen, und habe einem Ansinnen der Schulleitung entsprochen, noch einmal zu investieren. Über den Ganztagsbetrieb sollte die Schule so attraktiv gemacht werden, dass sie von den Eltern und Kindern angenommen würde. Im Februar 2013 sei die Maßnahme abgeschlossen gewesen. Mit Schuljahresbeginn 2013/2014 habe man erkannt, dass dies nicht funktioniert habe. Gemeinsam mit dem staatlichen Schulamt und der Schulleitung habe man die Entscheidung getroffen, dass die Schule auf lange Sicht nicht zu halten sei. Das Auslaufen der Schule habe bedeutet, dass die Schüler/-innen die Schule noch bis zum Schulabschluss hätten besuchen können. In 2014 habe man die Anfrage der Schulleitung erhalten, ein Ende zu setzen, da ein Auslaufen keinen Sinn mehr mache. Daher habe man sich dazu entschlossen, die verbliebenen Schüler/-innen auf andere Schulen zu verteilen, was gut gelungen sei. Die Ausgabe von rund 900.000 € sei ein Versuch gewesen, diese Schule zu erhalten, was nicht gelungen sei. Man sei froh, dass man die Mediathek, die Küche und das sportliche Angebot im Außengelände habe, um es anderen Schulen anbieten zu können. Er gebe zu, dass Fehler gemacht worden seien. Die Direktvergabe der naturwissenschaftlichen Systeme werde man zusammen mit der Abteilung Revision aufklären, da man es nicht so sehe, dass es einen 2. Anbieter auf gleicher Qualitätsebene gegeben habe. Bei den anderen Themen hätte man Dinge besser machen können.

Zu den Nachträgen führt er aus, dass diese richtigerweise den Eindruck erweckten, dass die Architekten oder Mitarbeiter des Kreises an diesen Stellen nicht genau geprüft hätten. Die Fälle seien jedoch in der Minderzahl und zum Teil systembedingt. Nachträge seien allerdings ärgerlich, wenn sie absehbar gewesen seien. Dies versuche man zu vermeiden. Im Kreisausschuss werde sauber und ausführlich begründet, warum Erhöhungen oder Erweiterungen stattfänden. (6:16)

Abgeordneter Mulch (AfD) trägt vor, dass man bei der Wahl zum Vizepräsidenten des Deutschen Bundestages sehe, was mit Ansprüchen geschehe. Er werde der Entlastung nicht zustimmen. (0:46)

Da keine Wortmeldungen vorliegen, lässt **Vorsitzende Müller (CDU)** über die Beschlussvorlage 411/2018 abstimmen:

1.1 Kreistag:

Der Kreistag beschließt gem. § 114 Abs. 1 HGO i. V. m. § 52 Abs. 1 HKO den vom Kreisausschuss aufgestellten und als Anlage beigefügten Jahresabschluss des Lahn-Dill-Kreises zum 31. Dezember 2013. Dem Kreisausschuss wird gem. § 114 Abs. 1 HGO i. V. m. § 52 Abs. 1 HKO für das Haushaltsjahr 2013 Entlastung erteilt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 59 (20 CDU, 19 SPD, 8 FWG, 5 B90/Die Grünen, 4 FDP, 3 DIE LINKE)

Nein-Stimmen: 7 (5 AfD, 2 fraktionslos)

Enthaltungen: 0

mehrheitlich zugestimmt

Zu TOP 7

Frauenförderplan für die Planungsperiode vom 1. Januar 2018 bis zum 31. Dezember 2023
370/2018

Abgeordnete Zühlsdorf-Gerhard (B90/Die Grünen) trägt vor, dass der Frauenförderplan für die Gleichstellung von Männern und Frauen im Arbeitsleben stehe. In Bereichen, in denen Frauen unterrepräsentiert seien, müssten mehr als die Hälfte der zu besetzenden Stellen mit Frauen besetzt werden (§ 6 Abs. 5 Hessisches Gleichstellungsgesetz). Dies werde auch in der Verwaltung des Lahn-Dill-Kreises angestrebt. Mehr Beamtinnen als Beamte und mehr weibliche als männliche Beschäftigte besetzten die Stellen. Es befänden sich aber deutlich mehr Frauen in den weniger hoch dotierten Stellen. Weiter werde im Hessischen Gleichstellungsgesetz (§ 4 Abs. 2) die Entgeltgleichheit von Männern und Frauen gefordert. Dies werde durch die Besoldung nach dem Bundesbesoldungsgesetzes sowie die Vergütung durch den Tarifvertrag sichergestellt. In der Lebenswirklichkeit sehe dies anders aus. Bei den Führungskräften (Abteilungs- und Fachdienstleitungen) seien Frauen deutlich unterrepräsentiert. Deutliche Unterschiede gebe es in der Teilzeitarbeit, die maßgeblichen Anteil an unterschiedlichem Einkommen habe. Der Frauenanteil im mittleren Dienst liege bei 80 % und im gehobenen Dienst bei 100 %. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf spiele hier eine Rolle. Sie betrachte die Zahl der befristeten Arbeitsverhältnisse, die mit 13,4 % deutlich über dem Bundesdurchschnitt liege. Hier sei eine Einzelbetrachtung notwendig, um die Gründe zu erfahren. Angesichts von Fachkräftemangel seien derartige Arbeitsverträge nicht mehr zeitgemäß. Die Verwaltung werde hinsichtlich der Altersstruktur jünger. Telearbeit werde ebenfalls überwiegend von Frauen angenommen. Der Grund liege in der Vereinbarkeit von Familie und Beruf und in der Pflege naher Angehöriger. Dies ermögliche für diesen Personenkreis eine durchgehende Erwerbsbiografie. Der Nachwuchs werde insgesamt weiblicher, so dass langfristig mit einer Erhöhung des Frauenanteils zu rechnen sei. Erfreulich seien Konzepte zum Wiedereinstieg nach längerer Abwesenheit. Es würden

Qualifizierungen angeboten und die Aufstockung der Teilzeitarbeit nach der Rückkehr erleichtert. Sie zieht das Fazit, dass der Frauenförderplan eine gute Grundlage für die Arbeit in der Personalsteuerung sei. (4:49)

Abgeordneter Zeaiter (SPD) weist darauf hin, dass man in diesem Jahr 100 Jahre Frauenwahlrecht in Deutschland feiere. Noch in den 70er Jahren hätten Frauen ihre Eltern oder Männer fragen müssen, wenn sie einen Beruf ausüben oder ein Konto eröffnen wollten. In der heutigen Gesellschaft gebe es noch Sexismus. Frauen in Führungspositionen seien unterrepräsentiert. Pflege und Erziehung seien nach wie vor Frauensache, was sich in den Arbeitszeitmodellen zeige. Ein schlechteres berufliches Vorankommen und Altersarmut seien die Folge. Daher müsse der Kreis als Arbeitgeber Vorbild sein und den Wandel in der Gesellschaft unterstützen. Der Frauenförderplan enthalte Maßnahmen zur Unterstützung von Frauen. Sie nennt die Telearbeitszeitplätze, die zu einem großen Anteil von Frauen angenommen würden und hilfreich seien, Frauen auch in Führungspositionen zu etablieren. Fort-, Weiter- und Ausweitung des Arbeitsgebietes seien weitere wichtige Maßnahmen. Sie lobt das Projekt Cross-Mentoring, mit dem der Lahn-Dill-Kreis aktiv mit Leuten von außerhalb Frauen gefördert habe. Es sei aber erschreckend, dass Frauen, obwohl sie über 50 % der Beschäftigten ausmachten, in den Leitungspositionen nur mit 33 % repräsentiert seien. (3:27)

Abgeordneter J.-M. Müller (CDU) bezieht das Frauenförderprogramm auf die Führungsriege des Lahn-Dill-Kreises, die ausschließlich aus Männern bestehe. Man müsse die Idee der Frauenförderung leben und hätte die Möglichkeit gehabt, bei der anstehenden Wahl zum Ersten Kreisbeigeordneten ein Signal zu setzen. Es sei richtiges Anliegen, Frauen nicht nur zu fördern, sondern zu fordern. Dies fehle für ihn. Es fehlten für ihn Aussagen im Frauenförderplan und der Vorlage zu den Veränderungen zu vorherigen Plänen. Es sei effektiv schlechter geworden. Er nennt die gehobenen Beamtenstellen. Es könne möglicherweise begründet werden, müsse aber festgestellt werden, wenn man für die Zukunft plane. Er fragt weiter, warum man Stellen, die überproportional von Frauen besetzt seien, gekürzt habe. Zum Frauenförderplan gehöre auch, dass Männer ihre Sichtweisen änderten. Er nennt als Beispiel für das gemeinsame Kämpfen von Frauen und Männern um ein Ziel die Vorgänge zur Wahl des Parteivorsitzes seiner Partei. Telearbeit klinge gut, führe aber zum Abkoppeln aus der kommunikativen Ebene in der Dienstsituation. (5:46)

Abgeordneter Dworschak (B90/Die Grünen) fragt, wie es im Kreisausschuss aussehe und wie viele Frauen dort vertreten seien. (0:07)

Abgeordneter J.-M. Müller (CDU) antwortet, dass diejenigen, die führten, dazu Aussagen treffen müssten. Telearbeit führe weiter zu schlechter Erreichbarkeit für den Bürger/-innen. Dies sei ein großes Problem bei den Rechtspflegern in der Justiz. Wenn man in den sozialwissenschaftlichen und medizinischen Berufen mehr als 80 % weibliche Studienanfänger habe, stelle sich die Frage, wie es weiter gehe. Außerdem seien mehr als 60 % der Abiturienten/-innen weiblich. Er sieht das zukünftige Problem, wie der geschlechtliche Ausgleich zwischen Männern und Frauen hergestellt werden könne, da die Lebensarbeitszeitmodelle von Männern und Frauen unterschiedlich seien. Dies könne zu einem Problem in der Medizin führen. Der Begriff des Frauenförderplanes sei nicht richtige, da es um die Gleichstellung beider Geschlechter gehe. Der Plan gebe Antwort zum Ist-Zustand, liefere jedoch keine Antwort, wie man in der Zukunft mit den anstehenden Problemen umgehe. Man müsse sich über Fördermaßnahmen von Frauen in Führungspositionen Gedanken machen. Wenn gesagt worden sei, dass der TVÖD keine Unterschiede in der Bezahlung von Männern und Frauen mache, verweist er auf den Haushaltplan und die Lohnstatistik von Männern und Frauen, wonach das Verhältnis immer noch nicht stimme. (4:24)

Abgeordneter Koch-Rein (FWG) hält den Frauenförderplan für einen Wegweiser in die Gleichberechtigung. Die vorgeschriebene Gleichberechtigung garantiere noch keine tatsächliche Gleichstellung. Das Gesetz der Gleichberechtigung von Frauen und Männern diene auch dem Abbau von Diskriminierung. Der vorliegende Frauenplan zeige beachtliche Anstrengungen in Bezug auf

Einstellung, Beförderung, Arbeitsbedingungen, Aufwertung von Tätigkeit, Lohnunterschieden und anderem. Sie lobt die Bedarfsorientierung verschiedener Berufsbilder und die Tatsache, dass sich der Lahn-Dill-Kreis bemühe, den Frauenanteil in unterrepräsentativen Bereichen zu erhöhen. Dies beziehe sich auch auf Führungspositionen. Die Realität sehe anders aus. Die Zielvorgaben des Frauenförderplanes müssten mit Anstrengung erreicht werden. Der Umsetzungsstand müsse immer wieder geprüft werden. Frauen seien in höheren Besoldungsgruppen unterrepräsentiert. Das Vollzeitmodell sei nicht umsetzbar. In bestimmten Ausbildungsbereichen wie Informatik, seien Frauen weit unterrepräsentiert, da weniger Frauen Interesse an mathematischen Bereichen hätten. Es gebe Unterschiede zwischen Frauen und Männern. Familie und Kinder spielten weiter eine große Rolle. Ebenso unterschiedliche Interessen. Die Tatsache, dass in den nächsten 6 Jahren 131 Bedienstete ausscheiden würden, erfordere besondere Anstrengung bei der Personalgewinnung im Hinblick auf das Hessische Gleichberechtigungsgesetz. Der Frauenförderplan benenne 12 Ziele und Maßnahmen, die sie stimmig und durchdacht finde. (5:35)

Abgeordneter Sydow (AfD) teilt mit, dass seine Fraktion nichts von der Quote halte. Frauen würden sich dagegen wehren, als Quotenfrau genommen zu werden, und wollten ihre Leistung beachtet wissen. Norwegen sei Vorreiter in der Frauenförderung. Dennoch würden die pflegerischen und sozialen Berufe weiterhin vorwiegend von Frauen gewählt. Auch gebe es trotz Förderung nur wenige weibliche Technikerinnen. Insbesondere erstere Berufsfelder würden schlechter bezahlt, was man ändern müsse. (3:24)

Abgeordneter Dr. Bohn (fraktionslos) erachtet die Förderung von Frauen als notwendig. Die Förderung von deutschen Jungmüttern sei nicht ausreichend und verbesserungswürdig. 100 Jahre Frauenwahlrecht seien begrüßenswert, erforderten jedoch auch politische und geschichtliche Bildung. Gerade die Frauen hätten Adolf Hitler mehrheitlich gewählt. (1:35)

Abgeordnete Egler (SDP) bezieht sich auf den Frauenförderplan für die Zeit vom 01.01.2000 bis 31.12.2005. Es gebe Änderungen, jedoch nicht viele. Die absolute Anzahl der Beschäftigten und der Beamtinnen habe sich erhöht. Gleichzeitig sei der Altersdurchschnitt gesunken. Bei den Gehaltsgruppen und den Leitungsfunktionen habe sie eine leichte Verschiebung aufwärts festgestellt. Sie lobt die unterschiedlichen Analysen. In dem alten Frauenförderplan sei noch darauf hingewiesen worden, dass Ursache für das Nichterreichen von Zielvorgaben daran gewesen sei, dass sich weniger Frauen beworben oder nicht die Qualifikation gehabt hätten. Sie wünscht sich für die Zukunft von den Verantwortlichen, die Veränderung zum vorherigen Plan aufzuzeigen und zu bewerten, damit umfangreiche Recherchen entfielen. Auch die ausschließlich männliche Besetzung des Hauptamtlichen Kreisausschusses müsse aus ihrer Sicht bei aller Wertschätzung in Zukunft nicht bestehen bleiben. (3:12)

Landrat Schuster (SPD) ist dankbar, dass man sich mit dem Thema beschäftige. Es gebe seit Jahren ein Programm „Mehr Frauen in Führungspositionen“. Es beziehe sich auf die Bediensteten des Lahn-Dill-Kreises und nicht auf die Kommunalen Wahlbeamten, die gewählt würden. Bei den Abteilungsleitungen habe man einen Frauenanteil von 1/3, bei den Fachdienstleitungen von 43 % und bei den Führungspositionen insgesamt 45 %. Dort habe man in den letzten Jahren gewaltig aufgeholt. 2/3 der Beschäftigten seien weiblich. Daher hätte man einen großen Anteil an befristeten Arbeitsverhältnissen, in denen Frauen vertreten würden, die sich im Erziehungsurlaub befänden. Man habe jedoch keine sogenannten befristeten Kettenarbeitsverträge. Die Veränderungen könnten aufgenommen werden, seien jedoch nur über einen längeren Zeitraum von 4-5 Jahren sinnvoll. Man sei auf dem Weg, ein guter Arbeitgeber zu sein, der seine Mitarbeiter/-innen gleich behandelt. Als Dienstleister sei man aber auch für die Bürger/-innen da, für die Kontaktherstellung ein hohes Gut bedeute. Dies müsse man auch bei der Telearbeit von zu Hause aus gewährleisten. Der eigentliche Skandal sei für ihn, wie Frauen im Lahn-Dill-Kreis insgesamt behandelt würden. Er werbe für eine Tarifautonomie, der immer mehr Betriebe entfliehen würden. Frauen ohne Berufsabschluss würden bei Vollzeitbeschäftigung gegenüber der vergleichbaren Tätigkeit eines Mannes 485 € monatlich weniger verdienen. Eine Frau mit Berufsabschluss verdiene im Lahn-Dill-

Kreis monatlich 595 € (brutto) weniger, als der vergleichbare Mann. Eine Akademikerin verdiene im Lahn-Dill-Kreis gegenüber einem Mann mit vergleichbarer Tätigkeit 1.696 € brutto monatlich weniger. Auch diese Ungleichbehandlung müsse im Fokus stehen. Als vorbildlicher Arbeitgeber erkenne der Lahn-Dill-Kreis Tarifverträge an und hege keine ungleiche Bezahlung. Ungleichbezahlung führe zu Kinderarmut und Altersarmut, worum man sich kümmern müsse. (5:24)

Abgeordneter J.-M. Müller (CDU) bezieht sich darauf, dass sein Vorredner gesagt habe, dass Tariftreue gleiche Bezahlung sichere während nicht-Tariftreue zu Ungerechtigkeiten führe. Dies sei nicht verifiziert und unterstelle zudem fälschlicherweise, dass die Unternehmer/-innen bewusst ungleich bezahlen würden. Die Auswertungen der heimischen IHK könnten entgegengehalten werden, die andere Aussagen treffen würden. Er bewertet es als Unterstellung, dass jemand, der aus dem Tarifvertrag flüchte, nicht sozial handle. Man müsse sich vielmehr darum kümmern, die berufliche und erzieherische Situation aufzufangen und Methoden zu entwickeln, die tatsächlichen Nachteile auszugleichen oder anzugleichen. Der eigene Kreishaushalt mache deutlich, dass dort gleiche Arbeit nicht gleich bezahlt werde. Er spricht den Beförderungsspiegel der letzten Jahre an und bittet um Information, bei welchen Entscheidungen Frauen befördert worden seien und warum es Unterschiedlichkeiten in der Beförderungssystematik beim Lahn-Dill-Kreis gebe. Er nennt das Krankenhaus und die Extremsituation der Frauenförderung. Dies müsse geklärt werden, bevor man an die Unternehmen gehe. (4:47)

Landrat Schuster (SPD) sagt nochmal, dass man Tarifverträge sowohl im Lahn-Dill-Kreis als auch in den Kliniken anwende. Er stellt klar, dass Männer und Frauen dort gleich bezahlt würden. Es sei zudem Inhalt des Hessischen Lohnatlasses, der vom Sozialministerium heraus gegeben werde, wo Unterschiede beschrieben würden und wodurch sie entstünden. Als Landkreis sei man auch für die Sozialhilfe tätig und müsse dies berücksichtigen. Vor 100 Jahren habe man mit dem Stinnes-Legien-Abkommen die Tarifautonomie begonnen. Wenn nur noch die Hälfte der Mitarbeiter/-innen tarifgebundene Arbeit hätte, gebe es ein Problem für die Frauen. Man bemühe sich mit dem Frauenförderplan um Verbesserungen für die Frauen als Arbeitgeber. Er werbe daher auch bei den Arbeitgebern für die Anwendung von Tarifverträgen. (2:00)

Abgeordnete Beimborn (SPD) ist von dem Engagement, das einzigartig sei, angetan. Das Problem sei nicht weiblich, sondern betreffe alle. Es gebe verschiedene Gründe, warum Frauen nicht gleichermaßen am Arbeitsleben teilhaben könnten. Eine Forderung sei seit vielen Jahren, Leitungspositionen zu teilen. Es gebe allerdings kaum Arbeitgeber, die dazu bereit seien. Es sei verrückt zu behaupten, dass deutsche Frauen nicht genug gefördert würden. Sogar Jungen- und Mädchenarbeit habe man gefördert und Konzeptionen dazu entwickelt. Sprache mache Haltung und Position deutlich. Der Lahn-Dill-Kreis habe auch dazu Konzepte entwickelt, an denen sich Träger im Lahn-Dill-Kreis orientierten. In der Frauenkommission habe man stets die Entwicklung konkreter Maßnahmen gefordert, die umzusetzen seien. Es sei aus ihrer Sicht mehr erforderlich, als vorgelegt worden sei. Dabei müsse breiter und kreativer gedacht werden. Sie nennt die Teilung von Leitungsfunktionen. Es müsse zudem auch verglichen werden, wieviel Frauen im Vergleich zu Männern verdienten. Dies sei auch beim Lahn-Dill-Kreis so. (5:07)

Abgeordneter Heinz Rauber (SPD) bezieht sich auf S. 10 des Frauenförderplanes. In Bezug auf die abgebildeten Einkommensgruppen 1-4 macht er darauf aufmerksam, dass man in diesen Gruppen immer noch fast 80% bis 100% an weiblichen Bediensteten habe. Die Förderung der Frauen in den unteren Berufsgruppen hin zu einem Durchstieg nach oben solle ermöglicht werden. Er lege Wert darauf, dass dies im Frauenförderplan aufgenommen werde. Weiter spricht er an, dass der Bundesminister Spahn recht habe, indem er die Tarifparteien gezwungen habe, im Bereich der Pflege tarifgerecht bezahlte Arbeitsplätze einzuführen, um überhaupt wettbewerbsfähig zu werden. Die Gleichheit werde abhängig bleiben von Tarifhoheiten. (1:43)

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, lässt **Vorsitzende Müller (CDU)** über die Beschlussvorlage 370/2018 abstimmen:

Der mit der Frauenbeauftragten HGIG in einem Verhandlungsprozess abgestimmte und der Frauenkommission vorgelegte Frauenförderplan für die Planungsperiode 2018 bis 2023 wird zum nächstmöglichen Zeitpunkt in Kraft gesetzt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 40 (19 SPD, 8 FWG, 5 B907Die Grünen, 4 FDP, 3 DIE LINKE, 1 fraktionslos)

Nein-Stimmen: 26 (20 CDU, 5 AfD, 1 fraktionslos)

Enthaltung: 1 AfD

mehrheitlich zugestimmt

Zu TOP 8

Berufsschulstandort Lahn-Dill-Kreis

412/2018

Erster Kreisbeigeordneter Schreiber (B90/Die Grünen) berichtet von Gesprächen, die es mit 9 Betrieben aus dem Hotel- und Gaststättengewerbe gegeben habe. Alle hätten zugesagt, an der bevorstehenden Studien- und Ausbildungsmesse teilzunehmen, um für ihre Berufsbilder zu werben. Weiter hätten Gespräche mit den Handwerkerinnen zu den Berufsbildern Bäcker und Fleischer stattgefunden. Außerdem habe man mit den metallverarbeitenden Betrieben gesprochen, die bei der IHK oder beim Handwerk angesiedelt seien. An den Gesprächen hätten der Schulträger, das Staatliche Schulamt, die IHK, die Kreishandwerkerschaft, die Handwerkskammer Wiesbaden und die Schulleitungen der Berufsschulen teilgenommen. Es gehe insgesamt um die Sicherung von Standorten und Qualität. Als Region West suche man nach Lösungen im heimischen Kreis, da man in einigen Mangelberufen die Ausbildungsgänge doppelt in Dillenburg und Wetzlar anbiete. Er nenne die Gewerblichen Schulen sowie die Käthe-Kollwitz-Schule. Am Beispiel der Berufe im Hotel- und Gaststättenbereich werde dies besonders deutlich. Ziel sei, beide Standorte zu sichern und zu halten, da Betriebe, Berufsschulen und Schüler/-innen eine besondere Nähe zueinander bevorzugten. Man laufe jedoch Gefahr, ein Berufsbild komplett aus dem Lahn-Dill-Kreis zu verlieren. Ein Standort sei in dieser Hinsicht besser als keiner. Aufgrund der zunehmenden Digitalisierung in den Betrieben und der Dienstleistung müsse man sich fokussieren und die Ressourcen bündeln. Darum wolle er Profilierungen in den Berufsschulen vornehmen und Kompetenzzentren mit besonderen Schwerpunkten bilden. Ressourcen könnten auf diese Weise den Betrieben konzentriert angeboten werden. Man befinde sich inmitten von Planungen und Umsetzungen zu Neubau und Sanierung an beruflichen Schulen. Man müsse prüfen, ob Investitionsentscheidungen in bestimmte Ausstattungen Zukunft hätten. Dabei müsse man langfristig denken und mit heutigen Informationen und mit sich abzeichnenden Trends arbeiten. Man werde dabei sorgfältig vorgehen und alle Einwände beachten. Es werde weitere Gespräche geben, über deren Verlauf er im Schulausschuss berichten werde. Im Frühjahr werde es in der Region West bzw. auf Landesebene eine Zusammenkunft geben, in der er deutliche machen werde, wo und wofür der Lahn-Dill-Kreis stehe. (5:44)

Abgeordnete Hartmann (SPD) bedankt sich für die Vorlage, die auf ein wichtiges Problem hinweise. Es gelte, einen Standort im Lahn-Dill-Kreis zu sichern, die Profile der Schulen zu schärfen, Kompetenzzentren zu bilden und kreative Lösungen anzustreben. Man habe im Schulausschuss über Blockunterricht nachgedacht, was man prüfe. Man müsse alles in die Wege leiten, um Fachklassen im Lahn-Dill-Kreis zu halten. Es gebe eine Fachklassengröße von 15, die manchmal unterschritten werde, was aktives Handeln für die beruflichen Schüler/-innen erfordere. Die Länge des Schulweges sei ebenfalls zu berücksichtigen, da berufliche Schulen erreichbar sein müssten.

Lösungen durch Blockunterricht müssten angedacht werden. Es gebe Berufsbilder, die für Jugendliche heute nicht mehr attraktiv seien, was man berücksichtigen müsse. (2:39)

Abgeordnete Petersen (CDU) bemängelt, dass die Vorlage erst im Schulausschuss mit Fakten unterlegt worden seien. Man rede über Handwerksberufe und junge Menschen im Alter von ca. 15 Jahren, die einen Beruf ausüben möchten, der im Bereich des Hotel- und Gaststättengewerbes mit Arbeit an Feiertagen verbunden sei. Für diese Jugendlichen sei es besser, wohnortnah beschult zu werden. Auch die Betriebe könnten sich besser mit den Schulen austauschen. Als flächenmäßig großer Landkreis habe man es immer für richtig gehalten, in beiden Teilen des Kreises diese gewerblichen Schulen vorzuhalten. Man sei überzeugt, dass beide Standorte nach Möglichkeit gehalten werden sollten. Der Personalrat der Gewerblichen Schulen in Dillenburg habe an den Landrat sowie die Fraktionsvorsitzenden und das Staatliche Schulamt einen offenen Brief mit einigen Informationen geschickt. Er trage zu Erhellung des Themas bei, insbesondere, was das Kultusministerium betreffe. Man bitte darum, dass man zu dem Versprechen stehe und offen sei für das Ergebnis, beide Schulen zu halten weiterhin sich beim Kultusministerium dafür einzusetzen. Gerade im ländlichen Raum mit bekannter Flächenverteilung sei der Erhalt beider Schulstandorte sehr wichtig für die niederschweligen Berufe im Handwerk. (5:02)

Abgeordneter Schmidt (FDP) stellt fest, dass sich der Bericht im Wesentlichen mit dem Verfahren befasse, wie mit dem Problem umzugehen sei. Es gehe um die Berufspalette insgesamt. Daher seien die Zahlen wichtig, die im Schulausschuss berichtet worden seien. Es gebe eine große Diskrepanz zwischen dem Ist-Stand und den geforderten Klassengrößen des Kultusministeriums. Pro Jahrgang seien 15 Schüler/-innen erforderlich. Es gebe Berufszweige, bei denen man sich im einstelligen Bereich bewege. Vor diesem Hintergrund habe der Schuldezernent auf das Problem aufmerksam gemacht. Wenn man die Zukunft der Schulstandorte betrachte, müsse man die Palette der Berufe berücksichtigen. In der Region West werde man sich unabhängig von der Entscheidung des Kultusministeriums mit anderen Landkreisen zusammen Gedanken machen müssen, wie man ein Angebot aufrechterhalten könne. Demografie und Änderungen der Berufswelt wirkten sich voll aus. In der nächsten Zeit müsse man Lösungen für diese Situation entwickeln. (3:04)

Abgeordneter Sydow (AfD) sagt, dass sich Berufsschullehrer und Ausbilder große Sorgen machten. Es handele sich aber nur um eine Mitteilungsvorlage, so dass man keinen Einfluss nehmen könne. Man müsse die Fortschreibung für die nächsten Jahre sehen, bevor man eine Klasse wegfallen lasse. Die außenländlichen Bezirke des Landkreises seien schlecht mit öffentlichen Verkehrsmitteln zu erreichen. Er bitte, die Bemühungen in diese Richtung fortzusetzen. (1:35)

Abgeordnete Hartmann (SDP) verweist auf die Schulausschusssitzung, in der man alle zur Verfügung stehenden Optionen und auch Haken besprochen und parteiübergreifend thematisiert habe. Die Vorlage sei wichtiger Aufhänger dafür gewesen. Sie schlägt vor, dass die Landtagsabgeordneten aktiv würden, denn das Land Hessen setze die Rahmenbedingungen mit einer Fachklassengröße von 15. Alle wollten die Standorte halten. Aber andere Landkreise der Region West seien auch Flächenlandkreise, die einiges zu bieten hätten. Wenn man zu langsam sei, sei eine Fachklasse schnell verschwunden. Sie sei gegen den Ausdruck der niederschweligen Berufe, die es aus ihrer Sicht nicht gebe. Man solle parteiübergreifend zu einem Konsens kommen. (2:52)

Abgeordneter Mulch (AfD) beantragt das Ende der Debatte. Es handele sich um einen Vorgang zur Kenntnisnahme und er denke, die Argumente seien ausreichend ausgetauscht. (0:19)

Vorsitzende Müller (CDU) verliest die Rednerliste und fragt, ob es eine Gegenrede gegen den Antrag gebe.

Abgeordneter J.-M. Müller (CDU) wenden sich gegen den Antrag auf Schluss der Debatte. Demokratie bestehe aus Rede. (0:08)

Vorsitzende Müller (CDU) lässt über den Geschäftsordnungsantrag abstimmen:

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 8 (6 AfD, 2 fraktionslos)

Nein-Stimmen 56 (19 SPD, 18 CDU, 7 FWG, 5 B90/Die Grünen, 4 FDP, 3 DIE LINKE)

Enthaltungen: 0

Mehrheitlich abgelehnt

Abgeordneter Irmer (CDU) teilt mit, dass man sich in der Sache einig sei, dass man alles tun werde, um beide Berufsschulstandorte zu erhalten. Damit dies möglich sei, halte er es für sinnvoll, die Vorlage mit Zahlen zu unterfüttern. Es habe mehrere Workshops von April bis November gegeben. Er vermute, dass diese Ergebnisse erzielt hätten. Weiter müssten konkrete Zahlen, den Lahn-Dill-Kreis betreffend, vorliegen. Er bitte, die konkreten Zahlen und Ergebnisse der Workshops auch den Abgeordneten des Kreistages zur Kenntnis zu geben, um die Diskussion zu erleichtern. In Zukunft sollten auch diejenigen berücksichtigt werden, die von den Auswirkungen betroffen sein könnten, womit er die Schulen selbst meint. Die Gewerblichen Schulen des Lahn-Dill-Kreises hätten am 14. Dezember mitgeteilt, dass sie es als hilfreich empfunden hätte, als Verantwortliche für die Ausgestaltung des schulischen Teils der dualen Ausbildung der HOGA Berufe zum Anfang der Diskussion angehört worden zu sein. Zu den Klassengrößen gebe es hessenweit verbindliche Vorgaben. Es bestünden jedoch große Unterschiede zwischen dem ländlichen Raum und dem Ballungsraum. In Ballungsräumen sei es leicht, die Vorgaben zu erfüllen, da die Berufsschulen größer und Austausch leichter umsetzbar seien. Im Flächenlandkreis sehe dies anders aus, so dass über den Schuldezernenten das Kultusministerium aus fachlicher Sicht eine Ausnahmegenehmigung mit einer entsprechenden Begründung beantragt werden solle. Die Berufsschulen seien für die Infrastruktur einer ländlichen Region von großer Bedeutung, so dass man gemeinsam agieren solle. (4:48)

Erster Kreisbeigeordneter Schreiber (B90/Die Grünen) informiert, dass das Land vor 2 ½ Jahren in diese Diskussion eingetreten sei, da sich die Zahlen in den Berufsschulklassen so zusammengesetzt hätten, dass verwandte Berufe, mehr als 15 Schüler/-innen ergeben hätten. Es müsse sehr darauf geachtet werden, welche Berufe miteinander beschult werden könnten. Das Land habe die Schulträger einbestellt und Regionen gebildet. Der Lahn-Dill-Kreis gehöre zur Region West. Man habe darum gebeten, die ländliche Differenzierung zum Ballungsraum vorzunehmen, da Mangelberufe noch mehr Schwierigkeiten hätten, genügend Schüler/-innen auszubilden, wenn die Wege größer würden. Auf Landesseite habe dies jedoch nicht zu Änderungen hinsichtlich der Mindestzahl von Schülern einer Klasse geführt. Im Schulausschuss habe man die Zahlen vorgestellt. Bei bestimmten Berufsbildern habe man Klassengrößen pro Jahrgang von 2 oder 5 Schülern/-innen. Dies sei nicht machbar und führe zu Problemen bei der Lehrerzuweisung. Man suche weiter nach Lösungen. Die Schulleitungen seien mit ihrer Fachkompetenz, anders als im genannten Brief beschrieben, immer an Bord gewesen. Man habe in den Steuerungsgruppen der gewerblichen Schulen und der kaufmännischen Schulen in Ruhe über Lösungen diskutieren wollen. Jetzt werde auch in der Öffentlichkeit diskutiert. Hinsichtlich der Verringerung der Mindestschülerzahl von 15 im ländlichen Raum warte er auf Ergebnisse seitens des Kultusministeriums. (3:49)

Abgeordnete Klement (B90/Die Grünen) führt aus, dass alle dafür seien, dass beide Berufsschulstandorte erhalten würden. Die Zahlen würden allerdings so klar unter diesen Grenzen liegen, dass man wisse, dass es so nicht weitergehen könne. Es wäre schön, wenn man für den ländlichen Raum Ausnahmegenehmigungen für kleinere Klassen erhalten könne. Das Konzept von Miniklassen sei jedoch nicht sinnvoll und zu teuer. Eine Einigung könne nur im Gespräch mit anderen Landkreisen erzielt werden, auch wenn sich diese als Konkurrenten empfinden würden. Sie hält es für falsch, abzuwarten, bis sich das Kultusministerium äußere. Gespräche zu Sachlage sollten schon jetzt stattfinden aber ergebnisoffen sein. (2:38)

Abgeordneter J.-M. Müller (CDU) trägt vor, dass er als Ausbilder wisse, dass die Berufsschulsituation volatil sei, was die Menge der Schüler/-innen anbelange. Miniklassen gebe es für ihn nicht. Berufsschulklassen würden in fachähnlichen und fachgleichen Unterrichtsklassen zusammengefasst. Nur fachspezifischer Unterricht werde separiert. Wichtig sei, dass man den Eltern, Berufsschülern, Ausbildungsbetrieben und zukünftigen Ausbildern klar mache, dass es Berufsschulstandorte gebe, die schnell und einfach erreichbar seien. Man habe im Landkreis ein umfangreiches und gutes Berufsschulwesen und gute Berufsschulen. In Dillenburg habe man für den HOGA Bereich bereits Geld in die Hand genommen. Man müsse sich daher über kreisinterne Modelle Gedanken machen. Er nennt als Beispiel das Erzeugen von Wechselsituationen innerhalb des Landkreises. Wenn man den Ort der Ausbildung nach Gießen oder Frankfurt verlege, bekomme man keine Auszubildenden mehr. Wenn man nicht mehr ausbilde, ergebe sich eine Lücke, die man nicht mehr füllen könne. Daher sei die Frage der Berufsschule nicht nur eine Frage der Klassenstärke, sondern eine Frage des Standortes Lahn-Dill-Kreis. Er werde sich zusammen mit den anderen Landtagsabgeordneten dafür einsetzen, dass der Landkreis ordentlich versorgt sei. (4:48)

Landrat Schuster (SPD) weist darauf hin, dass man nicht darüber rede, dass der Lahn-Dill-Kreis als Schulträger eine Sparmaßnahme ergreifen wolle, um Investitionen einzusparen. Man rede vielmehr über eine Zuweisung von Lehrern/-innen in der Zukunft, auf die der Lahn-Dill-Kreis keinen Einfluss nehmen könne. Ansprechpartner seien das Hessische Kultusministerium und das Staatliche Schulamt. Wenn Abgeordnete erreichen könnten, dass die Mindestzahl statt 15 auf 10 herab gesetzt werde, sehe die Situation ganz anders aus. Es nutze niemandem, wenn man eine Klasse habe, für deren Unterrichtung kein Lehrer bereit stehe. Die Diskussion sei seitens des Staatlichen Schulamtes und des Kultusministeriums begonnen worden. Wenn man nicht diskutiere, würden Entscheidungen von dort getroffen und man riskiere, schlussendlich gar keine HOGA Klasse zu haben. Man diskutiere daher mit großem Engagement und dem Ziel, möglichst viel Bildungsinfrastruktur in möglichst vielen Berufen vor Ort vorzuhalten. Für die Lehrerversorgung sei man nicht verantwortlich. (4:20)

Abgeordneter Dr. Büger (FDP) führt aus, dass der Eindruck erweckt worden sei, dass die Zahl 15 vom Kultusministerium komme und die tatsächliche Zahl zwischen 14 und 17 schwanke. Man habe jedoch teilweise nur 2-4 Schüler/-innen. Über 3 Jahrgänge. In diesen Bereichen sei man meilenweit von den vorgegebenen Zahlen entfernt. Die Anregung einer Änderung stamme aus dem hessischen Kultusministerium und sei nicht vom Lahn-Dill-Kreis problematisiert worden. Wenn man dies ignoriere riskiere man, dass möglicherweise beide Standorte leiden würden. Es sei daher klug, wenn man sich im Gespräch mit dem Land für den Lahn-Dill-Kreis einsetze. Möglicherweise werde es einen Austausch dahin gehend geben, dass man ein bestimmtes Fach behalte, während man ein anderes Fach in einem anderen Landkreis gebe, was in einem Nehmen und Geben enden werde. Er hoffe, dass man bei einem Kompromiss viel für den Kreis aushandeln könne. (2:32)

Stellvertretende Vorsitzende Egler (SPD) übernimmt an dieser Stelle die Sitzungsleitung.

Abgeordneter Grüger (SPD) ist einverstanden, der Landesregierung in einem gemeinsamen Brief die Erwartungen mitzuteilen. Er sehe diese in der Pflicht, da es sich um die Folgen der demografischen Entwicklung und um eine Ungleichbehandlung des ländlichen Raumes handle. Im Gegenzug werde man selbst den Beitrag leisten, um die Berufsschulstandorte zu erhalten um die berufliche Bildung in einem vernünftigen Maße anbieten zu können. (1:26)

Abgeordnete Petersen (CDU) verdeutlicht, dass sie Köchinnen nicht für dämlich halte, wie von der Abgeordneten Hartmann (SPD) angedeutet worden sei. Sie selbst sei in der Gastronomie groß geworden und helfe auch heute noch aus. Es gehe dort vielfach um Familien, die hart arbeiteten. Es gehe aber nicht nur um HOGA Betriebe, sondern um ganz viele Berufsfelder und viele Auszubildende. Dies seien junge Menschen, die Kriterien bei der Berufswahl abzuwägen hätten. Wenn man Antwort vom Kultusministerium habe, solle man das Thema erneut im Ausschuss

diskutieren. Bis dahin solle alles unternommen werden, um zu einem annehmbaren Ergebnis für Auszubildende, Betriebe und den Lahn-Dill-Kreis zu kommen. (2:33)

Erster Kreisbeigeordneter Schreiber (B90/Die Grünen) trägt vor, dass differenzierte Vorgehensweise zum Wohle der Betriebe, der Auszubildenden, der Berufsschulen wichtig sei. Es gehe nicht um kurzfristiges Denken, da es auch um Investitionsentscheidungen gehe. Man werde keine Schnellschussentscheidung fällen. (0:48)

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, stellt **Stellvertretende Vorsitzende Egler (SPD)** fest, dass die Mitteilungsvorlage 412/2018 zur Kenntnis genommen wurde:

Die Problembeschreibung und das Vorgehen des Schulträgers zur Sicherung des Berufsschulstandortes Lahn-Dill-Kreis werden zur Kenntnis genommen.

Zu TOP 9
Wirtschaftsplan 2019 der Lahn-Dill-Akademie
345/2018

Da keine Wortmeldungen vorliegen, lässt **Stellvertretende Vorsitzende Egler (SPD)** über die Beschlussvorlage 345/2018 abstimmen:

Dem Wirtschaftsplan der Lahn-Dill-Akademie für das Geschäftsjahr 2019 wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:
Ja-Stimmen: 64, Nein-Stimmen: 0, Stimmenthaltungen: 0

einstimmig zugestimmt

Zu TOP 10
Wirtschaftsplan 2019 der Abfallwirtschaft Lahn-Dill
354/2018

Da keine Wortmeldungen vorliegen, lässt **Stellvertretende Vorsitzende Egler (SPD)** über die Beschlussvorlage 354/2018 abstimmen:

Dem Wirtschaftsplan der Abfallwirtschaft Lahn-Dill für das Geschäftsjahr 2019 wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:
Ja-Stimmen: 56 (19 SPD, 18 CDU, 7 FWG, 5 B90/Die Grünen, 4 FDP, 3 DIE LINKE)
Nein-Stimmen: 8 (6 AfD, 2 fraktionslos)
Stimmenthaltungen: 0

mehrheitlich zugestimmt

Zu TOP 11
Entwicklung und Inanspruchnahme von Teilhabeassistenzen
Antrag der Fraktionen SPD, FWG, B90/Die Grünen und FDP vom 20.11.2018
415/2018

Abgeordnete Kunz (SPD) erinnert an die Verabschiedung der UN-Behindertenrechtskonvention von der Generalversammlung der UNO in 2006. Deutschland habe diese in 2007 mit Zustimmung der CDU ratifiziert. Ziel der UN-Behindertenrechtskonvention sei es, Menschen mit Behinderungen ein selbstbestimmtes Leben durch Inklusion zu ermöglichen. Sie definiert dies. Inklusion bedeute, dass jeder Mensch selbstverständlich dazu gehöre. Sie nennt die Kindertagesstätte, das Berufsleben oder die Freizeit. Damit dies gelingen könne, bräuchten manche Menschen eine Teilhabeassistenz. Eine Rampe reiche nicht aus, um eine Schule barrierefrei nennen zu können und man von Inklusion reden könne. In der Realität gebe es mehr Behinderungen. Schüler/-innen sollten nicht in Schubladen gesteckt werden. Es mache vielmehr Sinn, auf die Einzelnen und ihre Herausforderungen einzugehen, was eine Studie der Bertelsmann-Stiftung bestätige. Freie Schulwahl gehöre zum selbstbestimmten Leben. Um dies zu ermöglichen, unterstütze der Lahn-Dill-Kreis Schüler/-innen mit Teilhabeassistenzen. Aus Wiesbaden seien dafür keine weiteren Sonderpädagogen/-innen oder Lehrkräfte zu erwarten. Ein Bericht zum aktuellen Umsetzungsstand der Entwicklung, Inanspruchnahme und Ausgestaltung von Teilhabeassistenzen solle daher im Schul- und Sozialausschuss vorgelegt werden. (2:38)

Abgeordneter Irmer (CDU) teilt mit, dass seine Fraktion dem Antrag zustimmen werde. Er weist auf eine Anfrage der verstorbenen Abgeordneten Zeiser (B90/Die Grünen) vom 21.9.2015 hin, woraufhin es einen Bericht mit Zahlen bis 2014 gegeben habe. Diese könnten fortgeschrieben werden. Auch die finanzielle Beteiligung des Kreises solle dargestellt werden. Er macht deutlich, dass grundsätzliche Zielsetzung von Inklusion von allen geteilt werde. Streitig sei jedoch die Frage der schulischen Inklusion. Dort gebe es eine Grenze der gemeinsamen Beschulbarkeit. Um Ergebnisse im kognitiven Bereich erzielen zu können und alle Kinder gleichermaßen zu fördern, funktioniere es in der Lebenswirklichkeit nicht, wenn man schwer verhaltensgestörte Kinder, schwer erziehbare Kinder oder stark geistig behinderte Kinder in der Regelschule gemeinsam mit anderen Kindern unterrichte. Die Grenze sei auch im Interesse der Kinder notwendig, die diese Förderung nötig hätten. Es gebe sehr gute Förderschullehrer/-innen unterschiedlicher Förderschularten, die darauf ausgerichtet seien, Kinder mit unterschiedlichen Lernschwerpunkten so optimal zu beschulen dass sie im Rahmen ihrer Möglichkeiten das Beste herausholen könnten. Förderschulen gehörten zum allgemein bildenden Schulwesen und seien keine Sonderschulen. Die dort geltenden Rahmenbedingungen könnten in einer Regelschule in keiner Weise erreicht werden. Daher sei man für weitest mögliche schulische Inklusion, im Rahmen von zielgleichem Unterricht. Er nennt als Personenkreis sinnesgestörte oder körperbehinderte Menschen. Diese hätten ein Recht, dass man als Schulträger die Räumlichkeiten so herrichte, dass sie dem Unterricht folgen könnten. Man wolle nicht dazu beitragen, schwer verhaltensgestörte oder –erziehbare Kinder in den Regelunterricht zu lassen, die das Recht der „normalen“ Schüler/-innen auf Förderung gefährdeten. (4:06)

Abgeordnete Würz (CDU) schlägt vor, die Mitglieder des Behindertenbeirates zur Berichterstattung im Sozialausschuss einzuladen. **Hauptamtlicher Kreisbeigeordneter Aurand (SPD)** stimmt dem Vorschlag zu.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, lässt **Stellvertretende Vorsitzende Egler (SPD)** über den Antrag der Fraktionen SPD, FWG, B90/Die Grünen und FDP abstimmen:

Der Kreisausschuss wird beauftragt, im Schul- und im Sozialausschuss über die Entwicklung, Inanspruchnahme und Ausgestaltung von Teilhabeassistenzen zu berichten.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 62, Nein-Stimmen: 0, Stimmenthaltungen: 0

einstimmig zugestimmt

Zu TOP 12

Planspiel Kreistag

Antrag der Fraktionen SPD, FWG, Bgo/Die Grünen und FDP vom 20.11.2018

416/2018

Abgeordnete Zeaiter (SPD) ist der Ansicht, dass man in einem Zeitalter von Fake-News und Populismus einen besonderen politischen Auftrag habe, Kinder und Jugendliche früh in die Politik und den demokratischen Prozess heranzuführen. Durch das hautnahe Erleben und Mitmachen (Learning by doing) werde der Lernprozess und das Verständnis unterstützt. Planspiele seien in der Regel in ein Projekt in der Schule verankert. Projektbasiertes Lernen sei besonders geeignet, um Schülern/-innen demokratische Prozesse näher zu bringen. Darüber hinaus könnten das kommunalpolitische Handeln und dessen Bedeutung in der Lebenswirklichkeit der Schüler/-innen anschaulich gemacht werden. Auch Möglichkeiten der Einbringung und Spaß solle vermittelt werden. Aktiv Live durch ein Planspiel den Kreistag spielen zu können, biete dafür Unterstützung. Lernen werde durch positive Erfahrungen gestärkt. Sie verdeutlicht dies durch eine Anekdote über ein Planspiel mit Grundschulern/-innen im Landtag. Man erkläre zunächst anschaulich und konkret, dass z. B. familiäre Verhandlungen über das Taschengeld finanzpolitische Debatten seien und die Wahl eines Klassensprechers sei ein demokratischer Wahlprozess. Auf diese Weise könne man dazu beitragen, dass politische Beteiligung und Partizipation auch an der Politik auf kommunaler Ebene zunehme. (3:25)

Abgeordneter Dr. Büger (FDP) verweist darauf, dass man auch das Schwimmen nur im Schwimmbad lernen könne. Trockenübungen reichten für demokratische Bildung nicht aus. Anhand eines Zitates des ehemaligen Bundespräsidenten Weizsäcker verdeutlicht er, dass man mehr Menschen brauche, die Demokratie verstünden und von ihr überzeugt seien und sie bewusst lebten. Der Einfluss des Lahn-Dill-Kreises sei begrenzt. Dennoch wolle man die Möglichkeiten nutzen, und junge Menschen in das demokratische Herz des Landkreises einladen. Sie sollten verstehen und erleben, was Demokratie heiÙe. Er meint die sachliche Diskussion von Themen, den Austausch von Argumenten, Verfahrensweisen und Zuständigkeiten, Organisation von Meinungsbildung. Bei Planspielen im Landtag „Wir sind Landtag“ habe er erlebt, dass Kinder unterschiedlichen Alters alle gleich begeistert gewesen seien. Ziel einer Umsetzung von Planspielen im Kreistag sei, dass jeder Schüler/-in im Lahn-Dill-Kreis mindestens 1-mal in seinem Schulleben die Chance habe, an einem Planspiel im Kreistag teilzunehmen. Dafür müssten organisatorische und finanzielle Fragen geklärt werden. Man wolle den aufgeklärten Bürger dem Populismus entgegensetzen. Gleichzeitig verringere man Vorbehalte gegenüber der Demokratie. In seiner Heimatzeitung habe er eine Beilage gefunden, auf dessen Titelseite ein Schauspieler per Sprechblase sage: „Würde ich nie machen“, womit Berufe gemeint seien. Aus dem Inhalt der Zeitschrift gingen die Berufe hervor, die er nie machen würde. Als letztes sei der Beruf des Politikers aufgeführt. Auf diese Weise werde Demokratie verächtlich gemacht. Daher sei politische Bildung wichtig, wozu man mit einem Planspiel im Kreistag beitrage wolle. (4:38)

Abgeordneter Irmer (CDU) erinnert an einen Antrag der CDU-Fraktion vom Herbst 2015, wonach der Kreis prüfen sollte, inwieweit man in der Lage sei, ein Jugendparlament auf Kreistagebene zu etablieren. Dort könne man auch Demokratie lernen. Er meint das Abwägen von Pro und Kontra und jemanden zu überzeugen. In einigen Gemeinden habe man bereits Jugendparlamente. Er nennt ein Beispiel. Dort lernten die Jüngsten, für ihre Bedürfnisse einzutreten und Anregungen zu kommunaler Entwicklung zu geben. Der Antrag sei angenommen worden. In der Kreistagssitzung am 8. Februar 2016 habe die Abgeordnete Beimborn (SPD) darauf hingewiesen, dass das Thema Jugendbeteiligung und -partizipation an politischer Gestaltung regelmäßig Thema im Jugendhilfeausschuss sei. Es stelle sich daher die Frage nach der Notwendigkeit dieses Antrages. Die Idee des Jugendparlamentes sei seinerzeit durch den zuständigen Dezernenten Aurand (SPD) als prima bewertet worden. Es gebe jedoch hervorragende Möglichkeiten im Lahn-Dill-Kreis und es stehe ein Finanzvolumen von 5.000 € für Partizipationsprojekte im Kreisgebiet zur Verfügung. Er

wisse daher gern, welche Partizipationsprojekte man in den letzten Jahren im Kreis durchgeführt habe und wieviel Geld dafür verausgabt worden seien. Zum vorliegenden Antrag führt er aus, dass man nichts gegen das Einüben demokratischer Prozesse habe. Für die Weiterentwicklung von Demokratie als beste Staatsform sei dies unstreitig wichtig. Es stelle sich jedoch die Frage, in welcher Form. Wenn man schreibe, dass das projektorientierte Lernen in allen Schuljahren und Jahrgängen durchgeführt werden könne, müsse man differenzieren. Man habe mit 35.000 Schüler/-innen ein großes Auditorium zu erwarten, was er in der Praxis für schwer umsetzbar halte. Im Unterricht habe man das Fach Politik und Wirtschaft. Das im Antrag geforderte sei Bestandteil des Curriculums (politische Bildung, Institutionenkunde, wie entsteht ein Gesetz, ...). Insofern sehe man Probleme in der Umsetzung des Antrages. Es werde von den Lehrern/-innen gefordert, dass diese ihrerseits ein entsprechendes Konzept ausarbeiten sollten. Man bitte, dies so zu formulieren, dass der Kreisausschuss ein entsprechendes Konzept als Angebot an die Pädagogen des Lahn-Dill-Kreises ausarbeite, auf dass sie je nach Zeit und Bedarf zurückgreifen könnten. Auf diese Weise habe man etwas Gemeinsames und Vergleichbares. Unter diesen Umständen könne man zustimmen. (6:18)

Abgeordneter Dr. Bohn (Fraktionslos) hält das Planspiel für eine überflüssige Geldausgabe. Insbesondere, wenn noch keine Fundamentarbeit geleistet worden sei, wie das stattfinden solle. Er zitiert über den Begriff Demokratie und stellt die Frage in den Raum, wie man Demokratie einer besonderen Bevölkerungsgruppe beibringen wolle, die ganz andere Moral-, Religions- und Gesetzesvorstellungen hätten. Er halte dies für schwierig. (2:01)

Abgeordneter Mulch (AfD) führt an, dass es Aufgabe sei, die jungen Menschen in der Schule auf ein Leben vorzubereiten, und nicht, sie politisch zu indoktrinieren. Man habe es mit einem Gegner zu tun, den man nicht auf der Tagesordnung gehabt habe, womit er seine eigene Partei meint. Er halte den Antrag für Schmarren. Wenn man anderen demokratische Spielregeln beibringen wolle, solle man die Regeln anschauen, die im eigenen Hause gelten würden. Er bezieht sich auf die Geschäftsordnung, in der festgelegt sei, wie Anträge auszusehen hätten. Es gebe dort eine Muss-Vorschrift, wonach Anträge zu unterzeichnen seien. Dies sei vorliegend nicht der Fall. Das Kreistagsbüro versichert, dass sämtliche auf der Tagesordnung stehende Anträge unterschrieben vorlägen. (1:30)

Abgeordneter Dr. Büger (FDP) teilt mit, dass es sich um einen Antrag für Demokratie handle, der nicht gegen irgendjemanden gerichtet sei. Wenn die AfD-Fraktion der Ansicht sei, dass ein Antrag für Demokratie automatisch gegen sie gerichtet sei, so sage dies einiges über die AfD aus. An den Abgeordneten Irmer (CDU) gerichtet sagt er, dass Thema die Teilnahme an einem Planspiel sei. Dies bedeute nicht automatisch die Teilnahme an einer Kreistagssitzung. Daher sei auch eine große Zahl von Planspielen möglich. Bei einem Jugendparlament tagten Wenige häufig. Im Gegensatz dazu sollten beim Planspiel möglichst viele einmal teilnehmen. Daher seien es unterschiedliche Facetten, die er nicht zusammenfügen wolle. Zum Thema Verständnis teilt er mit, dass die im Antrag geforderte Prüfung die Aspekte und Finanzierung beinhalte. Dies umfasse, dass man sich über das Konzept Gedanken machen solle, auch unter Beteiligung der Schulen und der Gremien. Den Aspekt, das Konzept vom Kreisausschuss mit ausarbeiten zu lassen, übernehme man gern. Man erhoffe eine große Mehrheit der Demokraten für diesen Antrag. (2:06)

Abgeordnete Beimborn (SPD) geht auf den Vorschlag des Abgeordneten Irmer (CDU) ein, und teilt mit, dass viele Gremien dazu gehörten. Sie nennt das Jugendbildungswerk, den Jugendhilfeausschuss, den Ausschuss für Jugendhilfeplanung. Man habe diese jedoch nicht einzeln im Antrag aufgeführt und stattdessen den Antrag zunächst an den Kreisausschuss gerichtet, da dort die Fachkenntnisse gebündelt seien. Von dort sollten die zugehörigen Gremien mit eingebunden werden. Im Jugendhilfeausschuss oder Ausschuss für Jugendhilfeplanung könnten fachkundige Vertreter einbezogen werden. Dort bestehe die Chance, dass Jugendliche oder Kinder, um die es gehe, in die Planung eingebunden würden. Wichtig sei, festzustellen, was man über das Planspiel vermitteln möchte. Sie fragt, ob die Differenzierung so ausreiche, oder ob sie noch in den Antrag

aufgenommen werden solle. Sie merkt an, dass die Abgeordneten Steinraths (CDU) und Ahrens-Dietz (CDU), die auch in der Jugendhilfeplanung seien, in die Planung einbezogen würden.

Abgeordneter Irmer (CDU) erklärt, dass eine Aufnahme in den Antrag nicht erforderlich sei, da die vorgenommene Differenzierung dem Protokoll entnommen werden könne.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, lässt **Stellvertretende Vorsitzende Egler (SPD)** über den Antrag der Fraktionen SPD, FWG, B90/Die Grünen und FDP abstimmen:

Der Kreisausschuss wird beauftragt zu prüfen, ob und wie der Lahn-Dill-Kreis den Schulen im Lahn-Dill-Kreis im Rahmen der bereits beschlossenen Offensive für politische Bildung Unterstützung für ein Planspiel Kreistag anbieten kann.

Die Prüfung beinhaltet sowohl Aspekte der Finanzierung als auch strukturell-organisatorische Voraussetzungen betreffend der Realisierung dieser Maßnahme zur politischen Bildung.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 53 (17 SPD, 17 CDU, 7 FWG, 5 B90/Die Grünen, 4 FDP, 3 DIE LINKE)

Nein-Stimmen: 7 (5 AfD, 2 fraktionslos)

Stimmenthaltungen: 0

mehrheitlich zugestimmt

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, schließt **Vorsitzende Müller (CDU)** die Sitzung, vertagt die noch nicht behandelten Tagesordnungspunkte wegen Zeitablaufs auf die nächste Kreistagssitzung und wünscht den Abgeordneten einen guten Heimweg.



gez.

Elisabeth Müller
Kreistagsvorsitzende

Beatrix Egler
Stellv. Kreistagsvorsitzende



Birgit Klein
Schriftführerin

Anlagen

Mitteilungen zur Kreistagssitzung am 17.12.2018

Mitteilungen zur Kreistagsitzung am 17. Dezember 2018

- Es gilt das gesprochene Wort -

INHALT

Landrat Schuster informiert:	- 29 -
1 Erster Kreisbeigeordneter	- 29 -
Erster Kreisbeigeordneter Schreiber informiert:	- 29 -
2 Lahn-Dill-Akademie – Information zur Ergebnisverschlechterung in 2018	- 29 -
3 IC 34 – Resolution des Kreistages und des Fahrgastbeirates zum Vorhaben.....	- 29 -
Ehrenamtlicher Kreisbeigeordneter Hofmann informiert:	- 30 -
4 Informationsveranstaltungen im Bereich, Sport, Kultur und Ehrenamt.....	- 30 -
5 E-Card Vergabe/Optimierung	- 30 -

Landrat Schuster informiert:

1 Erster Kreisbeigeordneter

Mit Wirkung ab dem 12. Dezember 2018, voraussichtlich bis zum 30. April 2019, führt der Erste Kreisbeigeordnete Heinz Schreiber gemäß § 37 a Abs. 3 der Hessischen Landkreisordnung in Verbindung mit § 41 der Hessischen Gemeindeordnung die bis dahin ihm obliegenden Amtsgeschäfte weiter fort.

Erster Kreisbeigeordneter Schreiber informiert:

2 Lahn-Dill-Akademie – Information zur Ergebnisverschlechterung in 2018

Durch Erlösminderungen im Bereich der Teilnehmerzahlen der VHS und der Schülerzahlen in der Musikschule erwartet die Lahn-Dill-Akademie im Jahr 2018 Einnahmeverluste im Vergleich zum Wirtschaftsplan in Höhe von ca. 190.000 €.

Erhöhte Aufwendungen betreffen insbesondere die Auswechslung des Heizkessels (ca. 32.000 €) und im Rahmen der Neuorganisation notwendig gewordene Innenraumsanierungen (ca. 10.000 €).

Insgesamt erwartet die Lahn-Dill-Akademie daher im Jahre 2018 ein deutlich von der ursprünglichen Planung abweichendes Ergebnis. Nach derzeitiger Einschätzung wird eine Ergebnisverschlechterung von ca. 95.000 € eintreten.

Gemäß Paragraph 15 Abs. 2 Eigenbetriebsgesetz ist ein Wirtschaftsplan unverzüglich zu ändern, wenn sich das Jahresergebnis gegenüber dem Erfolgsplan erheblich verschlechtern wird und diese Verschlechterung die Haushaltslage der Gemeinde beeinträchtigt oder eine Änderung des Vermögensplans verlangt. Dies ist hier nicht der Fall, die Notwendigkeit eines Nachtrag-Wirtschaftsplans ist danach nicht gegeben.

Voraussichtlich kann der Verlust durch vorhandene Rücklagen sowie veränderte inhaltliche Schwerpunktsetzungen in absehbarer Zeit kompensiert werden

3 IC 34 – Resolution des Kreistages und des Fahrgastbeirates zum Vorhaben

Die Initiativen von beiden Gremien haben gefruchtet, die neue IC-Linie 34 wird nicht zu Lasten der heimischen Pendler gehen. Im Gegenteil, der neue Verkehr wird zusätzlich angeboten, heißt eine Angebotserweiterung. Lediglich kleinere Veränderungen wird es geben. Dies ist die Erkenntnis aus einem Gespräch von Vertretern des Fahrgastbeirates und des Lahn-Dill-Kreises mit Vertretern der Deutschen Bahn AG und des RMV Ende November diesen Jahres.

Ehrenamtlicher Kreisbeigeordneter Hofmann informiert:

4 Informationsveranstaltungen im Bereich, Sport, Kultur und Ehrenamt

Regelmäßig werden seitens des Fachbereichs Sport, Kultur und Ehrenamt Fragen der Vereinsführung aufgegriffen und entsprechende Schulungs- und Informationsveranstaltungen angeboten.

Ein besonderer Schwerpunkt war im Jahr 2018 die **Datenschutzgrundverordnung (DS-GVO)**. In vier Veranstaltungen (drei im Kreishaus Wetzlar und eine in der Volkshalle Ehringshausen) mit über 600 Besuchern war das Interesse außerordentlich hoch.

Eine fünfte Veranstaltung befasste sich mit der Weiterentwicklung **von Museen im Lahn-Dill-Kreis**.

Damit die Museen im Lahn-Dill-Kreis weiterhin bestehen, erfolgreich sein und ihr Angebot noch besser darstellen können, wird künftig eine engere Zusammenarbeit angestrebt. Das ist das Ergebnis eines Treffens von über 50 Vertretern aus Museen des gesamten Kreisgebietes in der Villa Grün in Dillenburg, welche am 14.11.2018 stattfand.

Erstes Ergebnis dieser Veranstaltung ist, dass der Hessische Museumsverband bereits im Januar 2019 an vier Museumstandorten im Lahn-Dill-Kreis zu gegen sein wird, um vor Ort zu beraten.

Anzumerken ist, dass es im Landkreis Gießen bereits eine Zusammenarbeit des Hessischen Museumsverbandes mit der Volkshochschule des Kreises gibt. Dabei werden die Räumlichkeiten und die Organisation durch die Volkshochschule gestellt und der Hessische Museumsverband stellt bzw. vermittelt die Referenten. Ob dies für den LDK Vorbild sein kann, wird zur Zeit geprüft

5 E-Card Vergabe/Optimierung

Der Lahn-Dill-Kreis einigte sich mit seinen Kommunen auf eine einheitliche Vergabepaxis. Darüber hinaus hat auch die Stadt Wetzlar die Richtlinien zur Vergabe der E-Card an die des Lahn-Dill-Kreises angeglichen.

Aktuell gibt es innerhalb des Lahn-Dill-Kreises und der Stadt Wetzlar ca. 200 aktive Inhaber einer E-Card. Seit dem Start der Ehrenamtscard wurden in Stadt und Kreis ca.1.000 Karten ausgestellt.

Mit Vergünstigungen würdigt das Land gemeinsam mit den hessischen Landkreisen, kreisfreien Städten und Sonderstatusstädten sowie zahlreichen Sponsoren den beispielhaften Einsatz im Ehrenamt.

Im Jahr 2018 wurden 63 E-Cards ausgehändigt (Vergleich 2016: 31; 2017:44).